

AUFZEICHNUNG

von Herrn Giuliano Amato
für den Konvent

Betr.: **Mandat der Arbeitsgruppe zur Rechtspersönlichkeit**

In der Anlage erhalten Sie eine Aufzeichnung zum oben genannten Thema als Unterlage für die Beratungen der Arbeitsgruppe "Rechtspersönlichkeit".

GRUPPE III: "Rechtspersönlichkeit"

Vorsitzender: Giuliano Amato

"Welche Folgen hätte eine ausdrückliche Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der EU?

Welche Folgen hätte eine Verschmelzung der Rechtspersönlichkeit der Union

mit der Europäischen Gemeinschaft?

Wäre dies ein Beitrag zur Vereinfachung der Verträge?"

I. EINLEITUNG

1. Der Bericht der Arbeitsgruppe über diese Fragen wird für die Beratungen des Konvents über bestimmte in der Erklärung von Laeken erwähnte weiter reichende Punkte, nämlich die folgenden vier Fragen von Bedeutung sein:
 - "Muss die Unterscheidung zwischen Union und Gemeinschaften überprüft werden?
 - Was soll mit der Einteilung in drei Säulen geschehen?
 - Wie kann zudem die Kohärenz der europäischen Außenpolitik vergrößert werden?
 - Soll die Vertretung der Union in internationalen Gremien ausgebaut werden?"
2. Mit diesem Papier sollen die Hintergründe dieses Fragenkomplexes und die Hauptthemen für die Arbeitsgruppe skizziert werden. Für die erste Sitzung der Gruppe (am 18. Juni 2002) wird ein umfangreicheres Dokument vorliegen, das die im vorliegenden Dokument angesprochenen Fragen weiter ausführt.

II. HINTERGRUND

3. In Bezug auf jede der Europäischen Gemeinschaften wird in dem entsprechenden Gründungsakt ausdrücklich erklärt, dass sie Rechtspersönlichkeit¹ hat. Artikel 101 Absatz 1 des EAG-Vertrags lautet wie folgt:

¹ Vgl. Art. 281 Absatz 1 EG, Art. 6 Absatz 1 EGKS, Art. 184 EAG.

"Die Gemeinschaft kann im Rahmen ihrer Zuständigkeit Verpflichtungen durch Abkommen und Vereinbarungen mit einem dritten Staat, einer zwischenstaatlichen Einrichtung oder einem Angehörigen eines dritten Staates eingehen."

4. Artikel 281 EGV lautet: *"Die Gemeinschaft besitzt Rechtspersönlichkeit."* Der Gerichtshof hat diese Bestimmung ausgelegt als Anerkennung der Fähigkeit der EG, in allen unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen nach außen tätig zu werden ¹. Dass die Gemeinschaften Rechtspersönlichkeit besitzen, steht außer Zweifel, und die Anerkennung ihrer Fähigkeit, ihre Ziele zu verfolgen, ist über einen langen Zeitraum hin bestätigt worden.
5. Was die Union betrifft, so enthält der EUV keine Bestimmung, in der festgestellt wird, dass die Union Rechtspersönlichkeit besitzt. Die Union wurde mit dem Vertrag von Maastricht als eine Art Gesamtrahmen geschaffen (sozusagen "erfunden"), der zum einen die bereits bestehenden Gemeinschaften und zum anderen die neu entstandenen Bereiche GASP und JI umfassen sollte. Im EUV wurde eine Reihe von Zielen für die Union gesetzt, wie beispielsweise: *"die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene (...), die Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten (...), die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem (...) der freie Personenverkehr gewährleistet ist."* (Artikel 2 EUV). Um ihre Ziele zu erreichen, stattet sich die Union mit den erforderlichen Mitteln aus (Artikel 6 Absatz 4 EUV); sie *"verfügt über einen einheitlichen institutionellen Rahmen"* (Artikel 3 EUV).
6. Nach dem Vertrag von Maastricht wurden während der RK 1996 zwei Vorschläge gemacht, in den Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, in der ausdrücklich festgestellt wird, dass die Union Rechtspersönlichkeit hat. Einer dieser Vorschläge ging dahin, die Rechtspersönlichkeit der Union neben die bestehenden Rechtspersönlichkeiten der Gemeinschaften zu stellen ². Der andere Vorschlag ging dahin, eine einzige Rechtspersönlichkeit der Union insgesamt zu

¹ Rechtssache 22/70, *Kommission gegen Rat*, (AETR) [1971] Slg. 263, Randnummer 14.

² Siehe *"Ausstattung der Union mit Rechtspersönlichkeit"*, Text, den der irische Vorsitz dem Europäischen Rat für dessen Tagung in Dublin im Dezember 1996 vorgelegt hat (Dok. CONF 2500/96).

schaffen, mit der die Rechtspersönlichkeiten der Gemeinschaften verschmolzen würden¹. Keiner dieser Vorschläge wurde letztlich angenommen, aber es wurde eine neue Bestimmung - Artikel 24 EUV - in den Vertrag von Amsterdam aufgenommen².

7. In der Rechtsliteratur gibt es verschiedene Auslegungen dieser Bestimmungen. Einige Autoren vertreten die Auffassung, dass diese Bestimmung die Rechtspersönlichkeit der EU impliziert, indem sie die Fähigkeit der Union anerkennt, als Union internationale Übereinkünfte im Rahmen von Titel V oder Titel VI zu schließen³. Andere sind der Auffassung, dass diese Bestimmung lediglich ein vereinfachtes Verfahren festlegt, nach dem das institutionelle Gefüge des Vertrags für die Aushandlung und den Abschluss von internationalen Übereinkünften im Namen der Mitgliedstaaten genutzt werden kann, denen letztere und nicht die Union beitreten⁴.
8. Was die Auslegung des Artikels 24 EUV im Lichte der anschließenden Praxis betrifft, so ist festzustellen, dass bisher von der Union zwei internationale Übereinkünfte (beide auf der Grundlage von Artikel 24) mit der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) geschlossen wurden, die die Tätigkeit der Überwachungsmission der Union in der BRJ betreffen⁵. In den Ratsbeschlüssen über den Abschluss dieser Übereinkünfte heißt es: *"Der Präsident des Rates wird ermächtigt, die Person zu bestellen, die befugt ist, das Abkommen **rechtsverbindlich für die Europäische Union zu unterzeichnen.**"*

¹ Siehe Vorschlag des niederländischen Vorsitzes (Dok. CONF 2500/96 ADD 1 CAB, 20. März 1997, S. 47).

² Artikel 24 EUV lautet wie folgt: *"Ist zur Durchführung dieses Titels der Abschluss einer Übereinkunft mit einem oder mehreren Staaten oder mit internationalen Organisationen erforderlich, so kann der Rat den Vorsitz, der gegebenenfalls von der Kommission unterstützt wird, durch einstimmigen Beschluss ermächtigen, zu diesem Zweck Verhandlungen aufzunehmen. Solche Übereinkünfte werden vom Rat auf der Grundlage eines einstimmigen Beschlusses auf Empfehlung des Vorsitzes geschlossen. Ein Mitgliedstaat, dessen Vertreter im Rat erklärt, dass in seinem Land bestimmte verfassungsrechtliche Vorschriften eingehalten werden müssen, ist durch eine solche Übereinkunft nicht gebunden; die anderen Mitglieder des Rates können übereinkommen, dass die Übereinkunft für sie vorläufig gilt. Dieser Artikel gilt auch für Angelegenheiten des Titels VI."*

Diese Bestimmung wurde im Vertrag von Nizza geändert.

³ Für diese Auslegung spricht die Tatsache, dass die Befugnis zur Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen und zum Abschluss von Übereinkünften ausdrücklich beim Rat liegt und nicht bei den im Rat vereinten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten.

⁴ Der Hinweis im dritten Satz auf etwaige nationale Ratifizierungsverfahren und auf die Möglichkeit einer vorläufigen Anwendung durch für die anderen Mitglieder des Rates wird zur Stützung dieser Argumentation herangezogen.

⁵ Beschluss des Rates vom 9. April 2001 (2001/352/GASP) (ABl. L 125/1) und Beschluss des Rates vom 30. August 2001 (2001/682/GASP) (ABl. L 241/1)

III. ZU PRÜFENDE FRAGEN

9. Die Gruppe könnte im Zusammenhang mit a) einer ausdrücklichen Feststellung der Rechtspersönlichkeit der Union und b) einer Verschmelzung der Rechtspersönlichkeiten der Union und der Gemeinschaft die drei folgenden Fragen prüfen:
- i) Welcher Art wären gegebenenfalls die Auswirkungen auf die derzeitige Abgrenzung der Zuständigkeiten und auf die Verfahren?
 - ii) Wäre die Union auf internationaler Ebene handlungsfähiger?
 - iii) Welches wären gegebenenfalls die Auswirkungen auf den Status der Union in internationalen Organisationen?
10. Die Gruppe muss außerdem prüfen, was eine ausdrückliche Rechtspersönlichkeit und ein Verschmelzen der Rechtspersönlichkeiten für die Vereinfachung der Verträge bedeuten würde. Die Gruppe könnte untersuchen, inwieweit die Verschmelzung zur Vereinfachung beitragen würde, indem sie eine zahlenmäßige Verringerung der Instrumente und Verfahren und/oder die Fusion der Verträge ermöglichen würde.
11. In der ersten Sitzung der Gruppe am 18. Juni 2002 (15.00-18.30 Uhr) werden die Mitglieder eine weiter ausgearbeitete Fassung dieser Aufzeichnung erhalten, in der die mit diesem Fragenkomplex verbundenen technischen Fragen im Einzelnen weiter ausgeführt sind. In den beiden darauf folgenden Sitzungen (25. Juni und 10. Juli) sollen Rechtssachverständige zu diesen Fragen gehört werden.
-